



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltege-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 15.04.2019

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses  
Umwelt und Grün vom 21.03.2019**

**öffentlich**

- 2.3 Antrag der Ratsgruppe BUNT  
betreffend  
„Fridays For Future“ – Solidarität mit den Kölner Schüler\*innen  
AN/0320/2019**
- 2.3.1 Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Ratsgruppe  
BUNT  
betreffend  
„Fridays For Future“ - Solidarität mit den Kölner Schüler\*innen  
AN/0398/2019**

RM Frau Gerlach begründet den Antrag. Die Zustimmung zu Ziffer 1 sei ein wichtiges Signal sowohl an die Kölner Schülerinnen und Schüler, diese in ihrem Einsatz für mehr Klimaschutz zu unterstützen, als auch an die Landesregierung, keine Disziplinarmaßnahmen auszusprechen.

Zu Ziffer 2 erinnert Frau Gerlach an das Gutachten zum Programm „KölnKlimaAktiv 2022“ aus der letzten Ausschusssitzung, in dem es heiße, dass von der Stadtverwaltung 1 % der CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale durch die Entwicklung kommunaler Maßnahmen angestrebt werden müsse. Frau Gerlach würde es begrüßen, wenn die jungen Menschen in diesem Bereich Mitsprachemöglichkeit erhielten.

RM Frau Welcker bewertet den Einsatz von jungen Menschen für ihre Umwelt grundsätzlich positiv und außerhalb der Schulzeit auch unterstützenswert. Sie könne jedoch den Unterrichtsausfall von einem Fünftel der Schulzeit nicht akzeptieren. Auch gute Schulbildung sei eine wichtige Voraussetzung, um im Klimaschutz Erfolge zu verzeichnen. Daher könne die CDU-Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen.

RM Herr Thelen vertritt eine andere Sichtweise als seine Vorrednerinnen. Die Schülerinnen und Schüler machten durch ihr Verhalten und das daraus resultierende Medienecho deutlich, wie bedeutend und notwendig ihr Einsatz sei, indem sie bereit seien, durch ihre Regelverletzungen Sanktionen zu erhalten. Daher sei der Antrag zwar in guter Absicht gestellt, aber in seiner Zielsetzung falsch.

Herr Thelen befürchtet nicht, dass der Unterricht auf lange Sicht ausfalle. Selbstverständlich sei es richtig, dass Schule eine gute Chance für Kompetenz bringen müsse, aber diese sei im Wesentlichen durch die eigenen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler gesichert. Daher werde die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Punkt 1 des Änderungsantrags ablehnen.

Er macht abschließend noch einmal deutlich, dass man große Sympathie für das Engagement der Schülerinnen und Schüler hege.

SE Frau Lange geht auf die Beweggründe der Schülerinnen / Schüler ein, für die sie großes Verständnis aufbringe. Wenn diese nach Abschluss ihrer Ausbildung als fertige Ingenieurinnen / Ingenieure über die nötigen Kenntnisse verfügten, habe sich die Situation bereits so verschlechtert, dass die Chancen, die Erderwärmung auf eine Erhöhung der Temperatur um 1,5 °C zu begrenzen, verloren seien.

Sie beantragt, den Antragstext dahingehend zu ergänzen, dass 2 bis 3 Sprecherinnen / Sprecher der Schülerinnen / Schüler in eine der nächsten Ausschusssitzungen eingeladen werden, um ihr Anliegen und ihre Erwartungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen im Rahmen der „Fridays for Future“-Bewegung vorzubringen.

SB Herr Dr. Albach schließt sich der Meinung der [Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen](#) voll an, wonach das Engagement der Schülerinnen und Schüler für ihre Umwelt und gegen den Klimawandel großartig sei. Allerdings sei sie als Ministerin Teil der Exekutive und habe sich dem entsprechend zu verhalten.

Ebenfalls schließe er sich der Meinung von Herrn Thelen an und finde es gut, dass die Jugendlichen sich engagieren und Druck machten, auch mit Regelüberschreitungen, da ohne diese nichts passiert wäre. Allerdings müsse man vorsichtig sein, jede Form des Engagements gut zu finden. Daher glaube er, dass die Freigabe von Demonstrationen für alle wichtigen Zwecke eine Grenzüberschreitung sei. Deshalb könne er Punkt 1 mit Sicherheit nicht zustimmen. Mehr für Umweltbildung und Partizipation zu tun, könne er unterstützen und lade die jungen Menschen ein, sich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie jetzt im Ausschuss Umwelt und Grün und der BV Nippes praktiziert werde, zu engagieren.

SB Herr Becker erklärt, dass Punkt 1 des Antrags als ein Signal nach Düsseldorf verstanden werden solle. Er betont, dass die ausgefallenen Schulstunden durch die Streiks bei „Fridays for Future“ in keinem Verhältnis zu dem insgesamt, allgemeinen Ausfall von Schulstunden stünden.

RM Herr Brust nimmt zum Änderungsantrag Stellung. Der Vorschlag, dass die Jugendlichen im Rahmen des Tags der Jugend an der Entwicklung kommunaler Maßnahmen zum Klimaschutz mitwirken sollen, zeuge von einer falschen Vorstellung vom „Tag der Jugend“. Diesen Tag sollen die Jugendlichen selbst gestalten und ihre Themen einbringen. Er sei sich allerdings sicher, dass die Jugendlichen dieses Thema von sich aus einbringen, so dass dieser Punkt überflüssig sei.

Zu Punkt 2 des ursprünglichen Antrags könne er sich nicht vorstellen, um was es sich beim Klima-Notfallplan handle. Der Klimawandel werde sich über die nächsten Jahrzehnte hinziehen, so dass man sich auf die Veränderungen vorbereiten müsse. Dies sei jedoch ein langfristiger Prozess und deswegen habe man schon vor Jahren zu den Klimafolgen eine Studie in Auftrag gegeben, die eine Reihe von Maßnahmen nach sich ziehe. Auch sei die Stadt Köln nicht für die Umgebung zuständig.

RM Frau Stahlhofen geht auf den Begriff „Streik“ ein, der in der Bundesrepublik zwar hauptsächlich auf Tarifebene eingesetzt werde. Um aufzurütteln, müssen jedoch alle Menschen zu diesen Mitteln greifen können, ohne sanktioniert zu werden. Frau Stahlhofen geht auf das Argument von Herrn Brust ein, dass bereits eine Reihe von

Maßnahmen zum Klimaschutz beschlossen worden sei. Umgesetzt worden sei davon jedoch nur wenig. Dass junge Leute in diesem Fall Druck ausüben und die Gremien auffordern, geeignete Maßnahmen zu finden und umzusetzen, sei vollkommen richtig.

Daher werde sie Punkt 1. auf jeden Fall unterstützen.

RM Herr Struwe führt aus, die Aussage der Schülerinnen und Schüler sei, dass es sich um ein Thema handle, das alle betreffe. Es gebe auch kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit, so dass trotz aller Beteuerungen seit 40 Jahren der CO<sub>2</sub>-Ausstoß steige. Primär gehe es darum, aus dem Ausschuss ein Signal zu senden, dass man die Ziele teile und positiv begleite. Auch werde der Unterrichtsausfall nicht so dramatisch sein, dass die Schülerinnen und Schüler ihr Abitur versäumten. Insofern könne man durchaus dem Antrag zustimmen.

RM Frau Gerlach stellt klar, dass sich der Begriff „Klima-Notfallplan“ auf den Klimanotstand in verschiedenen Städten, wie Basel, Vancouver, Los Angeles oder London beziehe. Diese Städte haben den Klimanotstand ausgerufen und signalisiert, dass man die Gefahr erkannt habe, sie ernst nehme und bereit sei, notwendige Maßnahmen zu erarbeiten.

RM Herr Brust betont, an die Vertreterinnen der Linken gewandt, dass eine Einladung an die Schülerinnen und Schüler zu einer Ausschusssitzung dem Thema nicht gerecht werde. Man müsse sich intensiv Zeit nehmen, was den Ausschuss überfrachte. Eine kurze Diskussion über das Thema Klimaschutz sei gegenüber den Schülerinnen und Schülern nicht fair.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen verständigt man sich im Ausschuss, über die Punkte einzeln abzustimmen.

- Zunächst stellt der Ausschussvorsitzende Ziffer 1 des Antrags in der Form des Änderungsantrags zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün appelliert an die nordrhein-westfälische Landesregierung, Schüler\*innen, die an Demonstrationen im Rahmen der „Fridays for Future“-Bewegung teilnehmen möchten, nicht mit Disziplinarmaßnahmen zu bestrafen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion, gegen die Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke.

- Anschließend lässt er über **Ziffer 2** des Änderungsantrags abstimmen:

### **Beschluss:**

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Umweltbildung geeignete Formate zu entwickeln, mit denen junge Erwachsene und Jugendliche aktiv zum Thema Klimaschutz eingebunden werden können. Sie sollen sich in diesem Rahmen in die aktuelle Debatte einbringen und an der Entwicklung kommunaler Maßnahmen zum Schutz des Klimas mitwirken können. Denkbar sind insbesondere spezielle Angebote im Rahmen des Tags der Jugend oder ein Thementag

im Rathaus zur Mitgestaltung im Rahmen der Maßnahme „Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit“ bei „Köln KlimaAktiv 2022“ (Beschlussvorlage 3680/2018).

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, gegen die Stimmen von SPD-Fraktion, bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

- Abschließend stellt er den mündlich vorgetragenen Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke als **Ziffer 3** zur Abstimmung:

**Beschluss:**

3. Schülerinnen und Schüler werden in die Sitzungen des Ausschusses Umwelt und Grün eingeladen, ihr Anliegen im Zusammenhang mit den Demonstrationen im Rahmen der „Fridays for Future“-Bewegung vorzubringen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion, gegen die Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke.

**Damit sind alle Einzelpunkte abgelehnt, so dass sich eine Abstimmung über den gesamten Änderungsantrag erübrigt.**